

Energie Control Austria für die Regulierung  
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-  
Control)  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

**Mag. Daniel Brennsteiner**  
Sachbearbeiter

[daniel.brennsteiner@sozialministerium.at](mailto:daniel.brennsteiner@sozialministerium.at)  
Tel.: 01 711 00 866338

per E-Mail: [marktregeln@e-control.at](mailto:marktregeln@e-control.at)

Geschäftszahl: 2022-0.237.045

## **Stellungnahme zur Konsultation zum Begutachtungsentwurf für eine Verordnung des Vorstands der E-Control über nähere Modalitäten der Ratenzahlung gemäß § 82 Abs 2a ElWOG 2010 (Ratenzahlungs-Verordnung)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz übermittelt zum vorliegenden Begutachtungsentwurf, der grundsätzlich begrüßt wird, die beiliegenden Anmerkungen, und bittet um Berücksichtigung.

1. Die im Entwurf vorliegende Ratenzahlungs-Verordnung dient der Determinierung der Modalitäten des durch das BGBl I 7/2022 in § 82 Abs 2a ElWOG neu geschaffenen Rechts auf Ratenzahlung bei Nachzahlungsverpflichtungen aus Jahresabrechnungen für Verbraucher:innen iSd § 1 Abs 1 Z 2 KSchG sowie für Kleinunternehmer:innen.

Dazu ist festzuhalten, dass das Recht der Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen auf Ratenzahlung in § 82 ElWOG eingefügt wurde, welcher mit „Abschaltung der Netzverbindung und Information der Kunden“ titulierte ist. Bereits hieraus sowie aus der Einfügung unmittelbar vor Abs 3, welcher das Verfahren zur Abschaltung der Netzverbindung (insbesondere aufgrund von Zahlungsverzug) normiert, ist die Absicht des Gesetzgebers ersichtlich, dass eine Abschaltung durch die Gewährung einer Ratenzahlung möglichst verhindert werden soll.

2. § 3 des Entwurfs hat die Form der Erklärung der Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen sowie die Information über die Möglichkeit der Ratenvereinbarung zum Inhalt. Nach § 3 Abs 3 des Entwurfs ist, nachdem Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen sich auf das Recht auf Ratenzahlung berufen, unverzüglich ein Angebot vom Netzbetreiber bzw. Lieferanten zu legen. Eine Regelung zur Annahme der Ratenvereinbarung sowie zur Dokumentation der solchen fehlt allerdings.
- > **Zur Klarstellung sollte in den Erläuterungen klargestellt werden, dass die in § 3 Abs 1 der Ratenzahlungsverordnung vorgesehene Formfreiheit auch für die Annahmeerklärung von Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen gilt.**
  - > **Zudem sollte zur Wahrung der Rechtssicherheit für sämtliche Beteiligten sowie zur Ermöglichung einer strukturierten Haushalts- bzw. Liquiditätsplanung für Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen nach dem Zustandekommen einer Ratenzahlungsvereinbarung, eine schriftliche Bestätigung mit dem genauen Inhalt der konkret abgeschlossenen Ratenvereinbarung binnen 5 Werktagen an den/die Verbraucher:in bzw. Kleinunternehmer:in übersendet werden. In dieser Bestätigung sollte auch die offene Nachforderung aus der Jahresabrechnung (einschließlich allfälliger Mahnspesen bzw. Verzugszinsen [siehe hierzu Punkt 10]) aufgelistet werden, sodass für die Kunden klar ersichtlich ist, wie hoch die noch offenen Verbindlichkeiten betreffend die Jahresabrechnung insgesamt sind, und welche Rate zu welchem Datum gezahlt werden muss.**
3. Nicht geregelt wird im vorliegenden Entwurf auch, wie vorzugehen ist, wenn ein/e Verbraucher:in bzw. Kleinunternehmer:in sich zwar auf das gesetzliche Recht auf Ratenzahlung beruft und ein Ratenanbot vom Netzbetreiber bzw. Lieferanten erhält, sodann allerdings keine weitere Rückäußerung hierzu erfolgt. In dieser „Schwebephase“ ist nicht eindeutig ersichtlich, ob mangels Abschlusses einer Ratenvereinbarung seitens des Netzbetreibers oder Lieferanten nach § 82 Abs 3 ElWOG vorgegangen werden kann. Praktikabel erscheint uns in diesem Zusammenhang ein „Standard- Ratenzahlungsmodell“, welches dann zur Anwendung gelangt, wenn nach der Geltendmachung des Ratenzahlungsrechts keine weitere Rückäußerung durch den/die Verbraucher:in bzw. Kleinunternehmer:in binnen einer bestimmten Frist erfolgt. Im Rahmen der Angebotsunterbreitung iSd § 3 Abs 3 des vorliegenden Verordnungsentwurfs müsste der/die Verbraucher:in bzw. Kleinunternehmer:in sodann über diesen Automatismus informiert werden. Hinsichtlich der Frist zur Abgabe einer Annahmeerklärung ist festzuhalten, dass eine solche in der Verordnung vorgegeben werden sollte, zumal es sonst zu verwirrend unterschiedlichen Fristenregelungen, nur zB auch bei den Netzbetreibern und Lieferanten kommen wird.

Als Standard-Modell könnte mE das in § 5 Abs 3 Z 1 des Entwurfs vorgesehene Modell, wonach die angefallene Nachzahlung auf die Monate bis zur nächsten Jahresabrechnung aufzuteilen ist, fungieren. Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen könnte etwa durch nachstehende Formulierung über diesen Automatismus informiert werden: *„Wenn Sie sich nicht binnen [einer bestimmten, einheitlichen Frist] zum gelegten Ratenzahlungsangebot äußern, wird die Nachforderung aus der Jahresabrechnung automatisch auf monatliche Raten bis zur nächsten Jahresabrechnung aufgeteilt“.*

Da der Gesetzgeber in § 82 Abs 2a ElWOG vorsieht, dass eine Ratenzahlung für die Dauer von „bis zu“ 18 Monaten zusteht, ist die Etablierung eines automatisch zur Anwendung gelangenden Standardmodells, welches eine Laufzeit bis zur nächsten Jahresabrechnung aufweist im Verordnungswege wohl jedenfalls mit der gesetzlichen Grundlage vereinbar.

- > **Ein Standard-Modell für die Laufzeit der Ratenzahlungen sollte vorgesehen werden, welches dann zur Anwendung gelangt, wenn sich der/die Verbraucher:in bzw. Kleinunternehmer:in auf das Ratenzahlungsrecht beruft, auf das Angebot des Netzbetreibers bzw. Energielieferanten jedoch nicht reagiert. Dass dieser Automatismus zur Anwendung gelangt, sollte den Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen im Zuge der Ratenangebotslegung zur Kenntnis gebracht werden.**
4. Die Laufzeit einer Ratenzahlungsvereinbarung soll nach § 5 Abs 3 Z 2 des vorliegenden Entwurfs grundsätzlich nur in Fällen, in denen eine hohe Nachzahlung (zumindest 4 aktuelle Teilzahlungsbeträge) besteht oder wenn begründete Fälle gegeben sind, 18 Monate betragen.

Diese Bestimmung wird im Grund begrüßt. Würde stets eine Laufzeit über einen Zeitraum, der länger als bis zur nächsten Jahresabrechnung ist, ermöglicht werden, so hätte dies Überschneidungen mit allfälligen späteren Nachzahlungen zur Folge. Dies hätte zur Folge, dass die Einschätzung der aktuellen finanziellen Situation für Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen immer schwieriger wird, zumal gegenüber dem Netzbetreiber bzw. Lieferanten eine Vielzahl an monatlichen Zahlungen zu leisten sind, welche sich teils auf weit in der Vergangenheit liegende Ansprüche beziehen. Beispielfhaft ausgedrückt käme es bei einer Ratenzahlungslaufzeit von je 18 Monaten aufgrund der Tatsache, dass die Energiekosten im Nachhinein abgerechnet werden, zu der Konstellation, dass neben der ohnehin monatlich zu leistenden Vorauszahlung (zB für 2024) parallel Ratennachzahlungen für die vorletzte (zB 2022) als auch die letzte Abrechnungsperiode (2023) zu zahlen wären.

Sollte es daher der Fall sein, dass eine längere Laufzeit als bis zur nächsten Jahresabrechnung vereinbart ist, so ist es erforderlich, Verbraucher:innen bzw.

Kleinunternehmer:innen in der aktuellen Jahresabrechnung über die noch aushaftenden (Raten-) Verbindlichkeiten aus der Vorperiode zu informieren.

- > **Um die Übersichtlichkeit der finanziellen Verpflichtungen für Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen zu wahren, sowie eine strukturierte Haushaltsplanung zu ermöglichen, sollte der Netzbetreiber bzw. Lieferant bei längeren Ratenzahlungszeiträumen in der Jahresabrechnung auch auf noch aus der vorhergehenden Abrechnungsperiode offene Raten hinweisen und die diesbezüglichen Raten samt Fälligkeitsdatum gesondert anführen.**
5. In § 82 ElWOG wird nicht geregelt, ob das Recht auf Ratenzahlung für Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen innerhalb einer bestimmten Frist geltend zu machen ist bzw. welche Auswirkungen auf das in § 82 Abs 3 ElWOG normierte Verfahren zur Abschaltung der Netzverbindung durch den Netzbetreiber bzw. Stromlieferanten bestehen.

Aus der Systematik und dem telos der zitierten Bestimmung lässt sich unseres Erachtens ableiten, dass eine Abschaltung nicht mehr in Frage kommt, nachdem ein/e Verbraucher:in bzw. Kleinunternehmer:in sich auf das Recht auf Ratenzahlung berufen hat und es zu einer individuellen Einigung über die Modalitäten gekommen ist.

Im vorliegenden Verordnungsentwurf finden sich aber keine Erläuterungen zur Frage, bis wann sich ein/e Verbraucher:in bzw. Kleinunternehmer:in auf das Ratenzahlungsrecht berufen muss, um die in § 82 Abs 3 ElWOG vorgesehene Abschaltung des Netzzugangs verhindern zu können. Dies erschien uns zur Wahrung der Rechtssicherheit sowohl auf Verbraucher:innenseiten als auch auf Netzbetreiber- bzw. Lieferantenseite aber sinnvoll, zumal letztere nach Ablauf der 14-tägigen Nachfrist der zweiten Mahnung (bei Einhaltung der sonstigen Erfordernisse) zur Abschaltung des Netzzugangs berechtigt sind. Es ist durchaus denkmöglich, dass es zu der Situation kommt, dass sich Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen erst dann auf das Recht auf Ratenzahlung berufen, wenn der Netzbetreiber bzw. Energielieferant bereits nach § 82 Abs 3 ElWOG zur Abschaltung berechtigt ist. In Zusammenschau mit dem weiter oben beschriebenen Normzweck und der Systematik ist § 82 ElWOG wohl so zu verstehen, dass der Ablauf der 14-tägigen Nachfrist aus der zweiten Mahnung denjenigen Zeitpunkt bestimmt, bis zu welchem die Abschaltung iSd § 82 Abs 3 ElWOG durch eine Berufung auf das Recht auf Ratenzahlung verhindert werden kann.

- > **Es sollte in den Erläuterungen daher klargestellt werden, bis wann das Recht auf Ratenzahlung nach § 82 Abs 2a ElWOG geltend gemacht werden muss, um eine Abschaltung des Netzzugangs iSd § 82 Abs 3 ElWOG noch zu verhindern.**

6. § 4 des vorliegenden Entwurfs normiert, dass die Möglichkeit zur Zahlung „mit Erlagschein **oder** in bar anzubieten“ ist. Aus den Erläuterungen zu § 4 geht hervor, dass eine niederschwellige Inanspruchnahme ermöglicht werden soll. Jedenfalls soll die Zahlung mittels Erlagscheins **oder**, sofern dies über vorhandene Kundenkontaktstellen möglich ist, eine Barzahlungsmöglichkeit angeboten werden. Durch Verknüpfung mit „**oder**“ wird eine **alternative Aufzählung** geschaffen, woraus interpretiert werden könnte, dass der Netzbetreiber bzw. Lieferant auch ausschließlich die Möglichkeit der Barzahlung ermöglichen kann/muss. Dies würde dem erklärten Zweck der Bestimmung, nämlich der niederschweligen Inanspruchnahme zuwiderlaufen, u.a. da die Servicestellen in ländlichen Gebieten wohl nicht entsprechend ausgebaut sind und eine Banküberweisung für den/die Verbraucher:in bzw. Kleinunternehmer:in jedenfalls in diesen Fällen wesentlich praktikabler erscheint. Aus diesem Grund scheint im Text eine **kumulative Aufzählung** zielführender.

> **Es soll zur Erreichung des Zwecks einer möglichst niederschweligen Inanspruchnahme jedenfalls die Zahlung per Erlagschein sowie durch Barzahlung in den Servicestellen des Netzbetreibers bzw. Lieferanten angeboten werden müssen.**

7. In den Erläuterungen zu § 5 betreffend die Anzahl und die Höhe der Raten wird im zweiten Absatz ausgeführt, dass im Regelfall „eine Ratenvereinbarung bis zur nächsten Jahresabrechnung vereinbart werden“ soll. Aus dem Zusammenhang lässt sich ableiten, dass hier auf den Zeitraum, in welchen die Raten zu leisten sind (Tilgungszeitraum/Ratenlaufzeit) Bezug genommen wird. Die Formulierung selbst könnte allerdings missverständlich aufgefasst werden, da die Erläuterungen bei Verwendung des Begriffes „Ratenvereinbarung“ dahingehend interpretiert werden könnten, dass der Abschluss einer Ratenvereinbarung im Falle einer Nachzahlung bis zur nächsten Jahresabrechnung möglich sein soll (und nicht die Laufzeit der Raten).

> **Um eine missverständliche Interpretation zu vermeiden, sollte anstelle des Terminus „Ratenvereinbarung“ im zweiten Absatz der Erläuterungen zu § 5 der Ratenzahlungs-Verordnung ein eindeutigerer Begriff wie beispielsweise „Ratenlaufzeit“ oder „Tilgungszeitraum“ verwendet werden.**

8. Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen haben gemäß § 6 des Entwurfs die Möglichkeit zur vorzeitigen Zahlung. In den Erläuterungen zu dieser Bestimmung wird darauf hingewiesen, dass ein Teil oder die gesamte Nachforderung trotz bestehender Ratenvereinbarung vorzeitig zurückbezahlt werden kann, ohne dass hierdurch Kosten entstehen.

Zunächst ist an dieser Stelle anzumerken, dass die Möglichkeit einer jederzeit möglichen vorzeitigen Zahlung für die Verbraucher:innen ausdrücklich zu begrüßen ist.

Um aber vom Recht der vorzeitigen Zahlung effektiv Gebrauch machen zu können, muss Kenntnis über die Höhe des aktuell noch bestehenden Rückstands bestehen. Zum Beispiel aufgrund von bereits geleisteten Ratenzahlungen sowie etwaiger Mahngebühren oder Verzugszinsen (siehe hierzu Punkt 10) ist es für den/die Verbraucher:in in der Regel aber wohl nicht selbsterklärend, wie hoch die noch aushaftende Nachforderung ist. Aus diesem Grund muss dem/der Verbraucher:in ein formfreies **Auskunftsrecht** gegenüber dem Netzbetreiber bzw. Energielieferanten über die Höhe der aktuell noch offenen Nachforderung zustehen.

- > **Damit das Recht auf vorzeitige Zahlung von Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen tatsächlich und effektiv in Anspruch genommen werden kann, sollte ein Recht auf Auskunft betreffend des noch offenen Gesamtbetrags der Nachforderung aus der Jahresabrechnung normiert werden.**
9. Im vorliegenden Entwurf wird nicht geregelt, inwieweit Verbraucher:innen nach Erfüllung der Ratenvereinbarung (= Tilgung der Nachforderung) davon verständigt werden. Durch eine schriftliche Mitteilung seitens des Netzbetreibers bzw. Lieferanten könnte Rechtssicherheit geschaffen werden und der/die Verbraucher:in sich sicher sein, sämtliche Verpflichtungen aus der Nachzahlung der Jahresabrechnung erfüllt zu haben. Überdies könnten allfällige Missverständnisse im Zusammenhang mit der Ratenzahlung durch eine solche Verständigung hintangehalten werden (zB Irrtümer über Zahlungen etc.).
- > **Um Rechtssicherheit zu schaffen, sowie potentielle Missverständnisse hintanzuhalten, sollte nach Erfüllung der Ratenvereinbarung eine schriftliche Mitteilung von der wirksamen Tilgung an Verbraucher:innen erfolgen müssen. In diesem Schreiben sollte der Netzbetreiber bzw. Lieferant zur Veranschaulichung den insgesamt durch Raten gezahlten Betrag aufschlüsseln und diesen der Nachforderung aus der Jahresabrechnung (einschließlich allfälliger Mahngebühren und Verzugszinsen für den Zeitraum vor Berufung auf das Ratenzahlungsrecht nach § 82 Abs 2a ElWOG) gegenüberzustellen.**
10. § 7 des Verordnungsentwurfs sieht vor, dass für die Einräumung einer Ratenzahlung von den Netzbetreibern bzw. Lieferanten keine Kosten verrechnet dürfen. In den Erläuterungen zu genannter Bestimmung wird ausdrücklich festgehalten, dass die Betroffenen durch zusätzliche Kosten **nicht davon abgehalten** werden sollen, von Ihrem Recht auf Ratenzahlung Gebrauch zu machen. Auch wird ausgeführt, dass allfällige Regelungen oder Vereinbarungen zwischen den Beteiligten über

Mahngebühren oder **Verzugszinsen** durch die Ratenzahlungs-Verordnung nicht berührt werden sollen.

Da die Nachzahlung grundsätzlich mit Legung der Jahresabrechnung (bzw. kurz nach dieser) fällig ist, beginnen mit diesem Zeitpunkt auch Verzugszinsen zu laufen. Im Falle des Abschlusses einer Ratenzahlungsvereinbarung würden, ohne weitergehende Regelung, laufend Verzugszinsen für die noch aushaftenden Beträge anfallen (reine Stundung). Diese finanzielle Mehrbelastung ist, im Gegensatz zum Ziel der VO, dazu geeignet, Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen von der Inanspruchnahme des gesetzlichen Rechts auf Ratenzahlung abzuhalten, zumal die bei einer reinen Stundung laufend anfallende Verzugszinsen (sofern keine abweichende Vereinbarung gem. § 1000 ABGB 4 % p.a. bzw. bei unternehmensbezogenen Geschäften gem. § 456 UGB derzeit 8,58 p.a.) höher sind, als es die Zinsen eines kurzfristig aufgenommenen Kredits wären. Da das gesetzliche Ratenzahlungsrecht andernfalls nicht effektiv in Anspruch genommen werden würde, sowie laufend anfallende Verzugszinsen die Übersicht über die finanziellen Verpflichtungen für den/die Durchschnittsverbraucher:in massiv erschweren würden, sollte die **Fälligkeit** der Nachforderung aus der Jahresabrechnung daher bereits **mit dem Zeitpunkt des Zugangs des Ratenzahlungsbegehrens aufgehoben werden**. Der Nachforderungsbetrag wird hiernach erst zur jeweiligen Rate in der vereinbarten Höhe fällig. Verzugszinsen würden demnach ausschließlich für den Zeitraum zwischen erstmaliger Fälligkeit der Nachzahlung aus der Jahresabrechnung (Rechnungslegung) und dem Tag der Geltendmachung des Rechts auf Ratenzahlung durch den/die Verbraucher:in bzw. Kleinunternehmer:in anfallen. Überdies würden so tatsächlich keine zusätzlichen Kosten für die Einräumung der Ratenzahlung anfallen, wie in § 7 des Verordnungsentwurfs ja wortwörtlich normiert wird.

- > **Da Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen von der Geltendmachung ihres gesetzlich vorgesehenen Rechts auf Ratenzahlung durch das Anfallen von laufenden Verzugszinsen abgehalten würden, sowie damit entgegen § 7 des Verordnungsentwurfs Kosten im Sinne von laufenden Verzugszinsen für die Ratenzahlung anfallen würden, sollte die Fälligkeit der Nachzahlung bereits durch die Berufung auf das Ratenzahlungsrecht durch Verbraucher:innen bzw. Kleinunternehmer:innen automatisch aufgehoben werden.**

11. Dem vorliegenden Verordnungsentwurf ist keine Regelung für den Fall der nicht fristgerechten Begleichung einer oder mehrerer Rate/n zu entnehmen. Da es sich hierbei um einen Zahlungsverzug iSd § 82 Abs 3 ElWOG handelt, wird betreffend der nicht bezahlten Rate wohl nach dieser Bestimmung vorgegangen werden können. Dies darf aber nicht hinsichtlich der (noch nicht fälligen) übrigen Raten gelten.

- > **Um die Wirksamkeit der Ratenzahlungsvereinbarung nicht zu beeinträchtigen, ist aus Verbraucher:innenperspektive in der VO festzuhalten, dass die Vereinbarung einer Terminverlustklausel im Falle des Verzugs mit einer oder mehreren Raten unzulässig sein sollte.**

12. Zuletzt ist anzumerken, dass der Gesetzgeber mit § 82 Abs 2a ElWOG das Ziel verfolgt, dass „Personen, ... in finanzieller Notlage“ die Möglichkeit der Ratenzahlung in Anspruch nehmen (vgl Abänderungsantrag AA-217 XXVII. GP, 7). In § 82 Abs 2a ElWOG selbst findet sich in seinem letzten Satz einen Hinweis auf die soziale Komponente der Bestimmung, wonach die Regulierungsbehörde nach zwei Jahren die „soziale Treffsicherheit“ des § 82 Abs 2a ElWOG zu evaluieren hat. Wenngleich in § 82 Abs 2a ElWOG Verbraucher:innen mit Kleinunternehmer:innen iSd § 7 Z 33 ElWOG gleichgestellt werden, ist festzuhalten, dass zitierte Gesetzesbestimmung aufgrund ihrer sozialen Zielsetzung einer sozialen Interpretation zu unterwerfen ist. Auch angesichts der Gleichstellung von Verbraucher:innen mit Klein-Unternehmer:innen, die weniger als 50 Mitarbeiter beschäftigen, weniger als 100.000 kWh pro Jahr verbrauchen und einen Jahresumsatz von weniger als EUR 10.000.000,00 erzielen, darf die notwendige soziale Interpretation bei Haushaltskund:innen daher nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Ganz grundsätzlich sei schließlich noch angemerkt, dass es mE auch wichtig ist, dass Nachzahlungen aus Jahresabrechnungen möglichst hintangehalten werden. Es sollte daher Verbraucher:innen bei Preiserhöhungen mit einem Informationsschreiben die Wahl eingeräumt werden, den vereinbarten Vorauszahlungsteilbetrag entsprechend anzupassen.

Mit freundlichen Grüßen

8. April 2022

Für den Bundesminister:

Dr.<sup>in</sup> Ruth Enthofer-Stoisser

S.III/A, GLiVi.V. Dr.in Ruth Enthofer-Stoisser

Elektronisch gefertigt



